

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Zahl: PrsG-652.03

Bregenz, am 24.10.2013

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
SMTP: stromkennzeichnung@e-control.at

Auskunft:
[Dr. Raimund Fend](#)
Tel.: +43(0)5574/511-20218

Betreff: [Verordnung, mit der die Verordnung der E-Control über die Regelungen zur Stromkennzeichnung und zur Ausweisung der Herkunft nach Primärenergieträgern \(Stromkennzeichnungsverordnung, SKV\) geändert wird \(Stromkennzeichnungsverordnungs-Novelle 2013, SKV-Novelle 2013\)](#)
Entwurf, Stellungnahme
Bezug: [Schreiben vom 07. Oktober 2013, VSt-1776/301](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Verordnungsentwurf (§ 8a) wird Stellung genommen wie folgt:

a) Der Entwurf sieht in § 8a eine monatliche Bilanzierung der Nachweise vor. Das im ElWOG 2010 geregelte Herkunftsnachweis-/Stromkennzeichnungssystem ist hingegen wie jenes im benachbarten Ausland auf einer Jahresbilanzierung aufgebaut. Im Entwurf wird somit hinsichtlich der Stromkennzeichnung durch Pumpspeicherkraftwerksbetreiber ohne erkennbare sachliche Rechtfertigung von der bisher geltenden Systematik abgewichen. Dies verunmöglicht praktisch die Verwendung ausländischer Nachweise aus fossilen Energieträgern – monatliche Nachweise sind praktisch nicht verfügbar – und schafft einen administrativen Mehraufwand, dem kein erkennbarer Mehrwert gegenübersteht. Die von der E-Control unterstellte Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit ist durch eine monatliche Bilanzierung nicht gegeben. Endverbraucher, die primär Adressat der Informationen zu Herkunftsnachweisen sind, erhalten ebenfalls nur einmal jährlich Informationen zum Versorgermix.

Die in der Stromkennzeichnungsverordnung nunmehr vorgesehene monatliche Bilanzierung steht auch im Widerspruch zum Gesetz (vgl. § 79a Abs. 2 ElWOG). Die in § 79a Abs. 2 ElWOG normierte Abweichung zu Abs. 1 und den §§ 78 und 79 betrifft nämlich nur die Art der Übertragung (automationsunterstützte Registerdatenbank) sowie die Löschung von 25 % der Nachweise. Im Übrigen gelten jedoch die Regelungen der §§ 78 und 79 ElWOG, insbesondere die jährliche Nachweispflicht, uneingeschränkt. Für die im Entwurf vorgesehene strengere - monatliche - Nachweispflicht fehlt die gesetzliche Grundlage.

Die im vorliegenden Entwurf vorgesehene monatliche Bilanzierung wird aus den genannten Gründen abgelehnt.

b) Nach § 8a Abs. 1 des Entwurfs hat der Netzbetreiber, an dessen Netz ein Pumpspeicherkraftwerk angeschlossen ist, für jedes Pumpspeicherkraftwerk getrennt Daten über die Lieferung von Pumpstrom und die Erzeugungsmengen zu melden. Eine je Kraftwerkseinheit individualisierte Datenangabe ist jedoch für das Stromkennzeichnungssystem nicht erforderlich und schon aus diesem Grund abzulehnen. Im Übrigen wird bei dieser Vorgabe nicht berücksichtigt, dass durch Stollenverbindungen zwischen Speicherseen die gepumpte Energiemenge unter Umständen in einem anderen Kraftwerk wieder turbinert wird. Die Energietransporte zwischen dem einzelnen Kraftwerk, das pumpt oder turbinert, erfolgt über eigene Leitungsverbindungen des Kraftwerksbetreibers. Eine Bilanzierung erfolgt am Netzanschlusspunkt für die gesamte Kraftwerksgruppe. Bei Energieentnahme am Netzanschlusspunkt zum Zweck der Pumpspeicherung wird das Pumpspeicherkonto befüllt und bei Lieferung über den Netzanschlusspunkt abgebaut. Daraus ergibt sich, auch im Hinblick auf die Netztarifverrechnung, dass für die gesamte Kraftwerksgruppe ein Speicherkonto einzurichten ist.

Eine Angabe von Werten je Kraftwerkspark (vgl. § 7 Abs. 1 Z. 39 ElWOG 2010) ist ausreichend. Die im Entwurf vorgesehene Regelung wird als überschießend abgelehnt.

c) Herkunftsnachweise verfallen nach § 7 Abs. 2 Stromkennzeichnungsverordnung in dem der Erzeugung der entsprechenden Energieeinheit folgenden Kalenderjahr. Der physikalische Zweck von Pumpspeicherkraftwerken liegt darin, zeitliche Verschiebungen zwischen Energieerzeugung und -nutzung zu ermöglichen. Ein Stromkennzeichnungssystem für Pumpspeicherkraftwerke hat dieses immanente Merkmal der Pumpspeicherung zu berücksichtigen. Stattdessen wird nunmehr mit § 8a Abs. 4 des vorliegenden Entwurfs ein kompliziertes Austauschsystem vorgeschlagen, das unnötigen administrativen Aufwand auslöst und weiterhin die Gefahr des Verfalls von Herkunftsnachweisen in sich birgt. Völlig ausreichend wäre die Aktualisierung des Erzeugungsdatums oder der zusätzliche Vermerk des Ausspeicherdatums (Zeitstempel je Nachweis). Ein solches System würde an den physikalischen Gegebenheiten anknüpfen und die Transparenz tatsächlich erhöhen.

Die vorliegende Regelung in § 8a Abs. 4 des Entwurfs hat daher zu entfallen; es ist ein System vorzusehen, bei dem alle erforderlichen Zeitangaben direkt auf dem Nachweis abgebildet sind.


Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung
Die Landesrätin

Dr. Bernadette Mennel

Nachrichtlich an:

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst , Ballhausplatz 2, 1014 Wien, SMTP: vpost@bka.gv.at
2. Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, SMTP: vst@vst.gv.at
3. Institut für Föderalismus, Maria-Theresien-Straße 38b, 6020 Innsbruck, SMTP: institut@foederalismus.at
4. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landhaus, 7000 Eisenstadt, SMTP: post.lad@bgld.gv.at
5. Amt der Kärntner Landesregierung, Arnulfplatz 1, 9021 Klagenfurt, SMTP: post.abt2v@ktn.gv.at
6. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, SMTP: post.landnoe@noel.gv.at
7. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 4021 Linz, SMTP: verfd.post@ooe.gv.at
8. Amt der Salzburger Landesregierung, Chiemseehof, 5010 Salzburg, SMTP: landeslegistik@salzburg.gv.at
9. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Landhaus, 8011 Graz, SMTP: post@stmk.gv.at
10. Amt der Tiroler Landesregierung, Wilhelm-Greil-Straße 25, 6020 Innsbruck, SMTP: post@tirol.gv.at
11. Amt der Wiener Landesregierung, Rathaus, 1082 Wien, SMTP: post@md-r.wien.gv.at
12. Abt. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), via VOKIS versendet
13. Abt. Wirtschaftsrecht (VIb), via VOKIS versendet
14. Vorarlberger Kraftwerke AG, Weidachstraße 6, 6900 Bregenz

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	<p>Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.</p> <p>Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter https://www.vorarlberg.gv.at/signaturpruefung verfügbar.</p> <p>Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: land@vorarlberg.at überprüft werden.</p>